

# Hampel zu Kali: Bürgerbeteiligung wohl nicht gewollt

**GIESEN.** Die Kritik an der Auslegung der Antragsunterlagen für das Kali-Bergwerk bei Giesen reißt nicht ab. Der Giesener Grünen-Ratsherr Lars Hampel erklärte gegenüber dieser Zeitung: „Über die Frage, ob eine Fristverlängerung rechtlich möglich ist, lässt sich vielleicht nicht streiten.“ Allerdings könne und müsse man mit der für ein solch großes Vorhaben ohnehin sehr knappen Auslegungsfrist von einem Monat „sensibler umgehen“.

Die Wahl des Auslegungszeitraumes über die Osterferien „weist nicht gerade darauf hin, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) sowie der Konzern Kali+Salz „auch nur ansatzweise eine breite Bürgerbeteiligung in den betroffenen Gemeinden wollen“.

*abu*